

BR/GT I/8 d/69

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 15. Juli 1969
BR/GT I/8/69

- Sekretariat -

ARBEITSGRUPPE I

ARBEITSUNTERLAGE

VORENTWURF EINES ÜBEREINKOMMENS
UEBER DIE EINFÜHRUNG EINES
EUROPÄISCHEN PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Artikel 31 bis 41

(vom Redaktionsausschuss überarbeitete Fassung)

BR/GT I/8 d/69 pi

DRITTER TEIL

DAS EUROPÄISCHE PATENTAMT

KAPITEL I

RECHTSSTELLUNG UND ALLGEMEINE ORGANISATION

Artikel 31

Rechtsstellung

- (1) Das Europäische Patentamt ist eine gemeinsame Einrichtung der Vertragsstaaten mit verwaltungsmässiger und finanzieller Selbständigkeit.
- (2) Die Tätigkeit des Europäischen Patentamts wird vom Verwaltungsrat überwacht.

Artikel 31 a

Zuweisung von Aufgaben durch ein besonderes Uebereinkommen

Dem Europäischen Patentamt können durch ein besonderes Uebereinkommen im Sinne des Artikels 8 a zusätzliche Aufgaben übertragen werden. Für die Durchführung dieser zusätzlichen Aufgaben können im Europäischen Patentamt besondere, den am besonderen Uebereinkommen beteiligten Staaten gemeinsame Organe gebildet werden, die von einem engeren Ausschuss des Verwaltungsrats überwacht werden.

Artikel 32

Rechtsnatur

- (1) Das Europäische Patentamt besitzt Rechtspersönlichkeit.
- (2) Das Europäische Patentamt besitzt in jedem Vertragsstaat die weitestgehende Rechts- und Geschäftsfähigkeit, die juristischen Personen nach dessen Rechtsvorschriften zuerkannt ist; es kann insbesondere bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräußern sowie vor Gericht stehen.
- (3) Der Präsident des Europäischen Patentamts vertritt das Europäische Patentamt gerichtlich und aussergerichtlich.

Artikel 32

Sitz und Informations- oder Verbindungsstellen

- (1) Das Europäische Patentamt hat seinen Sitz in
- (2) In den Vertragsstaaten und bei dem Internationalen Patentinstitut in Den Haag sowie bei anderen zwischenstaatlichen Organisationen auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes können, soweit erforderlich und vorbehaltlich der Zustimmung des betreffenden Vertragsstaats oder der betreffenden Organisation durch Beschluss des Verwaltungsrats Dienststellen des Europäischen Patentamts zu Informations- oder Verbindungszwecken geschaffen werden.
- (3) - gestrichen -

Artikel 34

Sprachen

- (1) Das Europäische Patentamt bedient sich vorbehaltlich der nachstehenden Vorschriften der deutschen, der englischen und der französischen Sprache.
- (2) Die Personen mit Sitz oder Wohnsitz im Hoheitsgebiet eines der Vertragsstaaten, in dem eine andere Amtssprache als die in Absatz 1 genannten Sprachen verwendet wird, und die Angehörigen dieses Staats mit Wohnsitz im Ausland können europäische Patentanmeldungen in dieser Sprache einreichen. Jedoch muss eine Uebersetzung in eine der in Absatz 1 genannten Sprachen innerhalb einer in der Ausführungsordnung zu diesem Uebereinkommen vorgeschriebenen Frist eingereicht werden.
- (3) Vorbehaltlich der in der Ausführungsordnung vorgesehenen Ausnahmen ist die Sprache der europäischen Patentanmeldung oder im Fall des Absatzes 2 diejenige der Uebersetzung in allen Verfahren vor dem Europäischen Patentamt zu verwenden. Muss ein Schriftstück vor Ablauf einer Frist vorgelegt werden, so findet Absatz 2 mit der Massgabe entsprechende Anwendung, dass die Uebersetzung in die Verfahrenssprache innerhalb einer in der Ausführungsordnung vorgeschriebenen Frist eingereicht wird.
- (4) Die Eintragungen in das europäische Patentregister werden in den in Absatz 1 genannten drei Sprachen vorgenommen. In Zweifelsfällen ist die Eintragung in der Sprache der Anmeldung oder, im Fall des Absatzes 2, in derjenigen der Uebersetzung massgebend.

- (4 a) Die Veröffentlichung europäischer Patentanmeldungen erfolgt in der Sprache der Anmeldung oder, im Fall des Absatzes 2, in der Sprache der Uebersetzung; eine Uebersetzung der Patentansprüche in die beiden anderen in Absatz 1 genannten Sprachen wird beigelegt.
- (5) Die Patentschriften europäischer Patente werden in der Sprache der Anmeldung oder, im Fall des Absatzes 2, in der Sprache der Uebersetzung veröffentlicht; sie enthalten eine Uebersetzung der Patentansprüche in die beiden anderen in Absatz 1 genannten Sprachen (1).
- (6) In den drei in Absatz 1 genannten Sprachen werden veröffentlicht:
- a) die in der Bekanntmachung gemäss Artikel (96 Absatz 2) enthaltenen Patentansprüche;
 - b) das Europäische Patentblatt;
 - c) das Amtsblatt des Europäischen Patentamts.

(1) Später ist erneut zu prüfen, ob ein Vertragsstaat, für den das europäische Patent erteilt worden ist, und dessen Amtssprache nicht die des veröffentlichten Patents ist, vorschreiben kann, dass der Anmelder eine Uebersetzung der gedruckten Patentschrift in der Sprache dieses Staates einzureichen hat.

Artikel 35

Vorrechte und Befreiungen

Das Europäische Patentamt genießt in den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Vorrechte und Befreiungen nach Massgabe eines besonderen Protokolls (1)(2).

-
- (1) Mit der Ausarbeitung dieses Protokolls soll später eine besondere Arbeitsgruppe beauftragt werden.
 - (2) Es soll später geprüft werden, ob dieser Artikel geändert werden muss, damit alle in diesem Uebereinkommen vorgesehenen Organe, insbesondere der Verwaltungsrat, erfasst werden.

Artikel 36

Leitung

- (1) Dem Präsidenten des Europäischen Patentamts obliegt die Leitung des Europäischen Patentamts gemäss diesem Uebereinkommen und der Ausführungsordnung zu diesem Uebereinkommen sowie, soweit das Europäische Patentamt zusätzliche Aufgaben auf Grund eines besonderen Uebereinkommens im Sinne des Artikels 8 a übernimmt, gemäss dem besonderen Uebereinkommen und der Ausführungsordnung zu dem besonderen Uebereinkommen. Er ist dem Verwaltungsrat gegenüber für die Tätigkeit des Europäischen Patentamts verantwortlich.
- (2) Zu diesem Zweck hat der Präsident insbesondere folgende Befugnisse:
- a) er trifft alle für die Tätigkeit des Europäischen Patentamts zweckmässigen Massnahmen;
 - b) er kann dem Verwaltungsrat Vorschläge für eine Aenderung dieses Uebereinkommens sowie Entwürfe für allgemeine Durchführungsbestimmungen und Entscheidungen vorlegen, die das Europäische Patentamt betreffen und zur Zuständigkeit des Verwaltungsrats gehören;
 - c) er bereitet den Haushaltsplan gemäss den Finanzvorschriften vor und führt ihn gemäss den Finanzvorschriften aus;
 - d) er legt jährlich dem Verwaltungsrat die Rechnungen, die Uebersicht über das Vermögen und einen Tätigkeitsbericht vor;
 - e) er übt das Weisungsrecht und die Kontrolle über das Personal aus;
 - f) er ernennt die nicht in Artikel 37 genannten Beamten und Bediensteten und entscheidet über ihre Beförderung;

- g) er übt die Disziplinargewalt über die nicht in Artikel 37 genannten Beamten und Bediensteten aus und kann dem Verwaltungsrat Disziplinarmassnahmen gegenüber den in Artikel 37 Absatz 3 genannten Beamten vorschlagen;
 - h) er kann seine Befugnisse auf einen oder mehrere Beamte oder Bedienstete des Europäischen Patentamts übertragen;
 - i) er nimmt, abgesehen von aussergewöhnlichen Fällen, an den Beratungen des Verwaltungsrats teil.
- (3) Der Präsident wird in der Leitung von mehreren Vizepräsidenten unterstützt. Er wird bei Abwesenheit von einem der Vizepräsidenten vertreten (1).

(1) Dieser Artikel wird im Lichte der Bestimmungen für den Verwaltungsrat erneut geprüft werden.

Artikel 37

Ernennung hoher Beamter

- (1) Der Präsident des Europäischen Patentamts wird vom Verwaltungsrat ernannt.
- (2) Die Vizepräsidenten werden nach Anhörung des Präsidenten vom Verwaltungsrat ernannt.
- (3) Die Mitglieder der Beschwerdekammern und der Grossen Beschwerdekammer werden auf Vorschlag des Präsidenten vom Verwaltungsrat ernannt.

Artikel 38

Amtspflichten

- (1) Die Beamten und sonstigen Bediensteten des Europäischen Patentamts sind verpflichtet, auch nach Beendigung ihrer Amtstätigkeit Kenntnisse, die ihrem Wesen nach unter das Beruf geheimnis fallen, nicht preiszugeben.
- (2) Die Beamten und sonstigen Bediensteten des Europäischen Patentamts dürfen während der Dauer ihres Dienstverhältnisses weder selbst noch durch einen Mittelsmann Patentanmeldungen einreichen.
- (3) Der Verwaltungsrat erlässt das Statut der Beamten sowie die Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten des Europäischen Patentamts.

Artikel 39

Streitsachen zwischen dem Europäischen Patentamt und
seinen Bediensteten

Ein Beschwerdeausschuss, dessen Zusammensetzung und Verfahren in einem besonderen Statut geregelt werden, ist für alle Streitsachen zwischen dem Europäischen Patentamt und dessen Bediensteten innerhalb der Grenzen und nach Massgabe der Bedingungen zuständig, die im Statut der Beamten festgelegt sind oder sich aus den Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten ergeben (1).

(1) Das besondere Statut des Beschwerdeausschusses soll von einer besonderen Arbeitsgruppe ausgearbeitet werden.

Artikel 40

Haftung

- (1) Die vertragliche Haftung des Europäischen Patentamts bestimmt sich nach dem Recht, das auf den betreffenden Vertrag anzuwenden ist.
- (2) Im Bereich der ausserververtraglichen Haftung ersetzt das Europäische Patentamt den durch ihre Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die den Rechtsordnungen der Vertragsstaaten gemeinsam sind.
- (3) Die persönliche Haftung der Bediensteten gegenüber dem Europäischen Patentamt bestimmt sich nach den Vorschriften ihres Statuts oder der für sie geltenden Beschäftigungsbedingungen.
- (4) Ueber Streitigkeiten über den in den Absätzen 1 und 2 vorgesehenen Schadenersatz befinden die für die Entscheidung derartiger Streitigkeiten am Ort des Sitzes des Europäischen Patentamts zuständigen Gerichte.

Artikel 41

Ueberprüfung der Rechtmässigkeit von Handlungen des Verwaltungs-
rats und des Präsidenten des Europäischen Patentamts

- gestrichen -
